

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

39 (24.9.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - WOCHENSCHRIFT

WIRTSCHAFTSREVUE IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 39 — 3. Jahrgang — Nr. 122 — D. G. AA/36/39

Konstanz/Bodensee, 24. September 1948

Ausg. D. Preis 60 Pfennige

Preise und Produktion steigen

Wo bleibet die Bankausweise? — Schwäche der DM — Länderhaushalte und Entbürokratisierung (S. 3) — Baukonjunktur — Lohnstopaufhebung — Selbstverwaltung statt Fachkommissionen — Noch keine Gewerbefreiheit

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Erhard kündigte in einer politischen Versammlung am Ende der vergangenen Woche den Beginn einer völlig neuen Phase der Wirtschaft an, die durch ein Gleichgewicht zwischen der ausbleibenden Einkommen Steuereinnahme und der im Angebot zur Verfügung stehenden Güternachfrage gekennzeichnet werde.

Leicht wird ihm der Weg dazu nicht gemacht. Der in unserer Nummer 35 angekündigte Gesetzesentwurf über die Zulassung von Gewerbetreibenden, der eine völlige Gewerbefreiheit vorsieht, ist von den Militärregierungen der Doppelzone nicht genehmigt worden und ging an den Wirtschaftsrat zurück. Wie wir schon berichtet haben, hat auch der Länderrat sein Veto eingelegt, aber inzwischen hätte der Wirtschaftsrat den Entwurf noch einmal mit starker Mehrheit beschlossen. Die Militärregierungen haben die Verweigerung ihrer Genehmigung demotiviert, daß man die in Vorbereitung befindliche Verfassung abwarten müsse. Es ist dies die gleiche Begründung, mit der auch das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates verweigert wurde. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Könnte man nicht denken. Tatsächlich ist allerdings auch die Wiedereinführung der Gewerbefreiheit ein allgemeines und grundsätzliche Postulat für die deutsche Wirtschaftspolitik der Zukunft, daß mancher ein Politikum darin erblicken wird. So bedeutsam ist die Verweigerung ist, so sicher sind wir, daß der Wirtschaftsrat seine Ansicht durchsetzen wird. Die Verschiebung der Entscheidung auf die politische Ebene ist allerdings nicht

unmöglich, weil die Männer der rechten Politik in Deutschland, auch wenn sie nicht Sozialisten sind, einen Hang zum „Regieren“, zum „in der Hand behalten“, zum „beeinflussen“ und zum „Platzieren“ haben. Es kommt hinzu, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen gewesen wäre, um die Gewerbefreiheit zu verkünden, denn im Zuge der spätestens im Anfang Januar beginnenden Analyse in der deutschen Wirtschaft (was kann es auch Krise nennen) wäre der Start für die Gründung eines neuen Unternehmens bei Gewerbetreibenden wesentlich günstiger. Ohne Gewerbefreiheit wird dieser Ausgesprochen stark gehemmt. Sollten wir auf dem nun vorgesehenen politischen Umwege wieder zu einer ministeriell „belebten“ Wirtschaft kommen, dann sehen

wir für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung in Deutschland schwarz.

Selbstverwaltung — Fachkommissionen

Wir sind auf dem besten Wege dazu, schon vor dieser Entscheidung Organisationen zu schaffen, die in diesem Zusammenhang als Präjudiz wirken: Wirtschaftliche Fachkommissionen. Ihre Gründung wird überall siffig betrieben. So wurde in einer Sitzung des südwestdeutschen Landtages ein solcher „Gesetzestext“ beraten. Diese Kommissionen sollen für Rohstoffverteilung, Produktion und Warenaustausch zuständig sein. Wofür ist dann noch der Unternehmer zuständig? Soll wirklich der Unternehmer als Staatsfunktionär auch heute noch wie in den

Kriegsjahren des Dritten Reiches agieren? Es wird in diesem Gesetzestext nicht vergessen, daß die Fachkommissionen dem Wirtschaftsministerium unterstehen. Wie sollten sie auch nicht?

Viel richtiger und klarer ist die von Prof. Erhard angelegte Zusammenfassung von Ausschüssen, also wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, die nicht einem Ministerium unterstehen oder gar allen Wirtschaftsministerien gemeinam, sondern als natürliche und gleichzeitige Partner in der Zusammenarbeit zwischen Staat und privater Wirtschaft fungieren sollen. Die auf textilen Gebiet hier bereits gezeigte Initiative ist wirklich Hoffnungen auf eine vernünftige Arbeits- und Marktregulierung und hat für bereits einen guten Plan ausgearbeitet, der den staatlichen Wünschen und den Möglichkeiten der Privatwirtschaft gerecht wird. Es wäre zu wünschen, daß diese Initiative Schule machen. Vergessen wir nicht, daß diese Ausschüsse der Initiative eine Verantwortung übernehmen und damit die Verantwortung auch dahin gelegt werden ist, wo sie hingehört.

Registrieren wir noch eine auf Selbstverwaltung beruhende Neugründung: Für ganz Hessen wurde eine freiwillige Marktgemeinschaft in Kassel gegründet, der Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Groß- und Einzelhandels, der Fachverbände Milch, Obst, Gemüse, Vieh und Getreidemühlen, sowie Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften angehören. Diese neue Marktgemeinschaft will marktlebend und preisbildend im Handel mit nicht mehr bewirtschafteten Gütern wirken. Wir können nur gut denken, daß eine solche freiwillige Marktgemeinschaft sehr erfolgreich wirkt und sicher wirtschaftsgemäßer handelt als ein Ministerium.

Aufhebung des Lohnstopps

So wie also die Unternehmer freier werden müssen und auch freier werden, scheint auch die Freiheit für den Arbeiter sowohl in Hinsicht auf seinen Lohn als auch auf seine Beweglichkeit Fortschritte zu machen. Wie wir bereits von vorigen Tagen mitgeteilt haben, wird der Lohnstop aufgehoben werden. Jetzt

(Fortsetzung auf Seite 2)

Probleme am Eisenhüttenstag

Der dreijährige Eisenhüttenstag steht in zweifelhafte Hinsicht unter besonderen Zukunftsaussichten. Das eine ist der Plan der Militärregierungen, die Stahlproduktion der Doppelzone zurückzuführen zu lassen und zwar wie wir hören, für die Zeit von 1. Juli 1949 bis zum 30. Juni 1950 auf 7,2 Mill. vielleicht sogar 8 Mill. t. Und das zweite ist die Eisenpreissteigerung, die kurz bevorsteht.

Der Start für die Produktionssteigerung war gut: Der erste Monat des neuen Stahljahres für Juli 1948 brachte bereits eine Stahlzeugung von 438 000 t und lag damit um 20 000 höher als das Vormonatsergebnis. Damit war die Planzahl bereits im ersten Monat um 14% überschritten. Solches hat sich schon in den ersten vier Monaten des Jahres wiederholt. Wenn wir diesen ausrechnen, die für jetzt noch der 8 Mill.-Tonnen-Plan gilt, aber wie erwähnt, die Ansicht besteht, die Produktion weiter zu erhöhen, verlieren wir auch die Erwägungen bei der Eisenpreissteigerung.

Bekanntlich hatte die Eisenindustrie Ende August einen Vorschlag an den Wirtschaftsrat zur Genehmigung eingebracht, der eine durchschnittliche Preissteigerung von 12 DM für die 1 Wälzwerkzeugindustrie vorsieht. Die tatsächliche Kostensteigerung pro t Eisen war aber wesentlich größer. Nach sorgfältiger Prüfung wurden folgende durchschnittliche Kostensteigerungen je t Wälzwerkzeugindustrie ermittelt:

| | |
|---|---------------|
| Erhöhung der Preise für Auslasserzeugnisse | 14,00 DM je t |
| Erhöhung der Kohlenpreise um 1,00 DM je t, bei Bestehendem Kohlen um 15 DM je t sowie weitergehende Verteuerung von Gas und Strom | 2,00 DM je t |
| Erhöhung der Gießereipreise | 2,00 DM je t |
| Verteuerung der Eisenschwämme | 1,00 DM je t |
| | 21,00 DM je t |

Die Eisenindustrie hat also keineswegs den Betrag als Preissteigerung verlangt, um den sich die Kosten erhöht haben. Sie wollte sich in die Marktwirtschaft einschalten, zog einen Wechsel auf die Zukunft und hoffte durch die Produktionssteigerung einen großen Teil der zusätzlichen Kosten ausgleichen zu können. Nun ist tatsächlich aus einer höheren Kapazitätsausnutzung eine verhältnismäßig große Kostensteigerung herauszuwachsen. Aber das Entgegenkommen der Eisenindustrie war bei diesem Vorschlag doch sehr groß. Sie hätte weiter darauf Rücksicht genommen, daß diese vorgeschlagene Preissteigerung sich gerade noch im Ausland konkurrenzfähig erhielt. Andererseits sind insbesondere in den letzten Tagen Klagen aus England gekommen, daß wir mit unseren Eisenpreisen zu billig seien.

Diese Vorschläge sind bekanntlich Anfang September abgelehnt worden. Inzwischen wurde sehr weiter verhandelt und die neuen Vorschläge sehen praktisch die gleiche Erhöhung um 12 DM pro t Wälzwerkzeugindustrie vor; nur bei den Edelmetallen sind in der Preisliste gegenüber dem ersten Vorschlag kleinere Abstriche gemacht worden. Wir haben es in Nummer 38 an sich begründet, daß der Wirtschaftsrat zum ersten Mal einen Antrag auf Preissteigerung abgelehnt hat. Allerdings im

ungeeigneten Objekt. Das ist eben oft das Schicksal eines Kompromisses, das man statuiert hat. Dann geht man meist gerade an dem fehlenden. So war es hier auch.

Es ist ganz sicher, daß die neue Eisenpreissteigerung genehmigt wird. In der Forderung nach dieser Erhöhung sind sich Unternehmer und Gewerkschaften vollständig einig. Die demselbe Ablehnung war stark politisch gefärbt, wobei sogar innerhalb von sonst ziemlich einigen Lagern Differenzen auftraten.

Wenn jetzt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten an die Entscheidung herangegangen wird, und die Preissteigerung beschlossen wird, dann steht die Eisen- und Stahlindustrie doch auch weiter noch vor einer sehr schweren Aufgabe, zumal da sie auch noch die bevorstehende Lohnsteigerung tragen muß. In Anbetracht der erwähnten unbedeckten Kostenstelle ist es verständlich, daß man gelegentlich die Meinung hört, die Eisen- und Stahlindustrie sei konkurrenzlos und sie habe Unrecht daran getan, sich auf eine viel zu geringe Preissteigerung einzulassen, die sie in den Abgrund stürzen werde.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die einschiffenden Werke völlig illiquide sind, zumal eben die vorgesehene Kapazitätsausnutzung zu gering war.

Wenn die Eisenindustrie sich also trotzdem bemüht, mit einem offenbar unzulänglichen Preis auszukommen, dann zeigt sie damit gerade der Allgemeinheit gegenüber ein hohes Verantwortungsgefühl. Sie will den Export nicht gefährden und auch die weiterverarbeitende Industrie so weit wie möglich schonen. Nun erwartet die Eisenindustrie, daß sich die weiterverarbeitende Industrie in gleicher Weise mit Verantwortungsgefühl an die Preissteigerung heransetzt, die sich aus der Eisenpreissteigerung ergeben wird.

Für den letzten Verbraucher wird sich aus der vorgeschlagenen Eisenpreissteigerung kaum eine Belastung seiner Lebenshaltung ergeben, denn die Preissteigerung gerade der Sorten, die für die Herstellung von Haushaltsartikeln benötigt werden, liegt erheblich über dem Durchschnitt und macht nur etwa 1-2% aus. Warum sollte deshalb ein Kochtopf, ein Eimer oder ein Messer teurer werden?

So hat der Eisenhüttenstag sein inneres Thema. Die äußeren Themen technischer Art sind am Donnerstag behandelt worden, am Freitag in der Vollversammlung wird man direkt oder indirekt über das innere Thema zu sprechen haben. Der Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorkomitees der August-Thyssen-Hütte, Lorenz.

Ein Geständnis

Mit einiger Verwunderung, wenn nicht kräftiger Ausdrücke am Platz wären, hat die deutsche Wirtschaft und der deutsche Sparer die Erklärung des Verwaltungsrates der Doppelzone entgegengenommen, daß die Entscheidung über die Festkosten weitaus sechs Monate verschoben werden soll. Diese Tatsache ist unserem Leser aus der vorigen Nummer bekannt. Die Meldung kam aber zu spät, um so dazu Stellung zu nehmen, wie es der Wichtigkeit der Sache entspricht.

Zur Rechtslage: Die Währungsregierungen haben vor, daß Bank- und Sparkassenguthaben im Verhältnis 10:1 abgewertet und die Hälfte der neuen DM-Beträge sofort verfügbar waren, wobei die verabschiedeten Kopfgewinne in Abzug zu bringen waren. Zu den restlichen 5%, die einem (gesparten) Konto (Festkonto) gutgeschrieben wurden, lautete der 1. 2 des Umweltsatzes: „Über die Behandlung des Festkontos wird innerhalb von 90 Tagen entschieden werden.“ Jetzt haben die (wohlgenannten) deutschen Behörden, nämlich der Verwaltungsrat der Doppelzone, den Militärregierungen Vorschläge unterbreitet, in denen es u. a. heißt, daß die Entscheidung um weiteres sechs Monate verschoben werden soll. Mit dieser Verschiebung ist 1. ein Präzedenzfall geschaffen, 2. der klare Wille der Umweltsatzes verletzt, 3. eine weitgehende Rechtsunsicherheit eingeleitet.

Zu 1.: Noch einige Tage bevor die Entscheidung fallen mußte, war von maßgebenden deutschen Persönlichkeiten erklärt worden, die Entscheidung würde rechtzeitig getroffen. Alle Gerichte, die von einer Hinanspruchnahme der Entscheidung wissen wollten, seien unorthodox. Wenige Tage später kam die Meldung, daß die Entscheidung doch hinausgeschoben wird. Wie soll die deutsche Bevölkerung Vertrauen zu amtlichen Erklärungen haben, wenn diese Präzedenzfall Schule macht? Bekanntlich ist im Zusammenhang mit den Währungsregierungen den deutschen Verwaltungsstellen auferlegt worden, binnen sechs Monaten, also bis Weihnachten, den Lastenausgleich zu beschließen. Wird man nach diesem Präzedenzfall darauf rechnen können, daß auch dieser Termin um ein weiteres halbes Jahr verschoben wird? Das wäre nur konsequent, denn man hat doch bei der Geburt des Währungsregimes sicher geglaubt, daß man erst Klarheit über die Festkosten schafft, ehe man an den Lastenausgleich herangeht. Würde man nur den Termin für die Festkosten um ein halbes Jahr hinauschieben, dann wäre man praktisch so weit, daß man trotz dem Lastenausgleich weiter durch und Fach bringen müßte und dann erst über die Festkosten entschieden. Das ist aber schon rechtlich nicht zu verantworten, geschweize denn wirtschaftlich.

Zu 2.: Der Wille des 2 ist es ebenfalls, daß eine Verschiebung der Entscheidung dem Wille dieses Gesetzes widerspricht. Es ist ein klares Wort auch nicht abgedeutet, daß eine Verschiebung im Bereich der Möglichkeit liegt. Es könnte vom rechtlichen Standpunkt

Rahmenausfuhrgenehmigung auf 30000 DM erhöht

Frankfurt. Die Rahmenausfuhrgenehmigung für deutsche Exporteure wurde jetzt von 10000 auf 30000 DM erhöht. Das bedeutet, daß Inhaber einer Rahmenausfuhr für Ausfuhr bis 30000 DM jeweils Ausfuhrgenehmigung mehr benötigen.

Weltbankgouverneure tagen
Washington. Am 27. September beginnt in Washington die Tagung der Gouverneure der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, auf der auch das Problem des internationalen Zahlungsverkehrs erörtert werden soll.

Internationaler Paketpostverkehr
Berlin. Ab 1. Oktober sind Pakete bis zu 10 kg und einer Länge, Breite und Höhe von zusammen nicht über 180 cm im internationalen Paketpostverkehr zwischen der Doppelzone und der französischen Zone und dem gesamten Ausland mit Ausnahme von Japan wieder zugelassen. Die Beförderung der Pakete unterliegt den normalen Zollbestimmungen.

Güterwagenaustausch
Stuttgart. Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilt, gehen seit einigen Wochen täglich 3-4 Güterzüge mit französischen Güterwagen aus der Doppelzone nach Frankreich. Die Wagen waren zum Teil schadhafte und auf Nebengleisen abgestellt, zum Teil wurden sie in der Doppelzone verwendet. Im Austausch dafür kommt täglich die gleiche Anzahl deutscher Güterwagen aus Frankreich in die Doppelzone. Insgesamt sollen auf diese Weise 31000 Güterwagen ausgetauscht werden.

Schuldenerklärung in der Ostzone

Nach einer Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission haben alle in der Ostzone ansässigen Personen und Personengemeinschaften sämtliche Geldverpflichtungen einschließlich Bürgerschaften in inländischer und ausländischer Währung anzumelden, die sie gegenüber Kreditinstituten in den Westzonen einschließlich Saargebiet oder in Groß-Berlin haben oder am 8. Mai 1948 hatten.

Die unter diese Regelung fallenden Ansprüche aus Schuldverhältnissen können durch die Kreditinstitute in den Westzonen usw. von Inkassofretten der Anordnung ab nicht mehr geltend gemacht werden.

Warenverkehr mit Berliner Firmen

Berlin. Auf Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission müssen alle Firmen der Ostzone künftig ihren Warenverkehr mit Berliner Firmen über die Handelsagenten in Groß-Berlin leiten. Direkte Abordnungen mit einzelnen Berliner Firmen dürfen von Betrieben der Ostzone nicht getätigt werden.

Zollsatz für mexikanische Gold-Exporte

Auf Grund eines Dekretes der mexikanischen Regierung wurde ein neuer Zollsatz für Goldexporte festgesetzt, der 48 mexikanische Centavos je Gramm entspricht. 3% Wertzoll beträgt sich auf alle Arten von Gold einschließlich Barren, Goldstaub und Schmelzbeiz. Ausgenommen sind nur Goldmünzen.

Tabak-Wirrwarr

Der Übergang von der Bewirtschaftung zur freien Wirtschaft geht nicht ganz reibungslos vor sich. Das ist zu verstehen. Auf textilen Gebiet ist viel ohne Punkte verkauft worden, und schon beginnt die Alarmglocke zu läuten. Bald sind die Rohstoffe zu Ende und es wird nichts mehr geben, darum muß die Bewirtschaftung bleiben.

Jetzt hört man die gleichen Klagen auf dem Gebiete des Tabaks. Obwohl das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern teilt mit, daß die Raucherkarte auch für das 4. Quartal ausgegeben werden müsse, weil die Versorgungslage in Tabak weiter angespannt sei. Eine ähnliche Meldung liegt aus Frankfurt vor. In Kreisen des Zweimächtkontrollamtes rechnet man damit, daß sich die Versorgung mit Tabakwaren im Oktober verschlechtern und gegen Ende Oktober völlig versiegen werde. Man macht natürlich den Einzelhandel dafür verantwortlich, weil er trotz wiederholter Mahnung von amtlicher Seite Tabakwaren frei verkauft habe. Man hat also jetzt schon die Entscheidung für den Fall gefunden, daß die Versorgung mit Tabak nicht mehr klappert. Dabei liegt der Grund für den Freiverkauf an der ungeheuren Steuerbelastung und nicht am Einzelhandel. Bei den jetzigen Preisen reichen die Raucherwaren in den Tabakläden noch eine ganze Weile. Jedenfalls kann man heute jede Menge kaufen, wo man will. Jetzt ist es nur verständlich, warum das Zweimächtkontrollamt seine Zustimmung zu der Herabsetzung der Tabaksteuer, die bis zum 15. September erwartet wurde, noch nicht gegeben hat.

Bei alledem bleibt die von verschiedenen amtlichen Stellen gegebene Mitteilung bestehen, daß die Tabakfabriken zur Zeit sehr geringe und daß auch die in den USA geübten Einfuhrabschlüsse in Höhe von 18 Mill. Dollar sofort noch hängen, als die Waren, deren erste Sendungen im August bereits erwartet wurden, frühestens Ende Dezember in Deutschland ankommen werden. Auch für diese Verschiebung kann wohl kaum der Einzelhandel ver-

In dieser Nummer:

- Von Amsterdam zum Bodensee Die Entdeckung der deutschen Eisenindustrie
- Cripps setzt sich durch
- Auslandskapital für die Türkei
- Frankreich: Einsparungen und höhere Steuern
- Industrieanführer in USA
- Eisenstäbliche Versicherungen im Steuerrecht



DIE VOLKS BANKEN

sind seit mehr als

ACHT JAHRZEHNTE KREDITWIRTSCHAFTLICHE BERATER UND BETREUER ALLER SCHAFFENDEN STÄNDE



Wir greifen auf:

Verdorbenes Gemüse

Ob wir die Berichte aus München, aus Düsseldorf, Bremen oder Dortmund nehmen, überall der gleiche Text: Reichliches Angebot von Obst und Gemüse, unterschiedlicher Absatz. Während sich in Dortmund die Preise eingemessen halten konnten, waren z. B. in Düsseldorf, also gar nicht weit von Dortmund, Absatz und Preise unbedeutend. Am schlimmsten muß es in Braunschweig gewesen sein. Dort wurden Grob- und Feingemüse stückweise stark angekauft als verkauft werden konnten. Kahlfrucht und Salat blieben an mehreren Tagen nicht abgesetzt. Die Preise für Obst sanken. Ein Bericht gleicher Inhalt liegt aus München-Gladbach vor. Die Industrie- und Handelskammer dort stellt fest, daß 25% der diesjährigen Obstmenge unter dem Normalpreis, 50% zum Normalpreis und nur 15% zu überhöhten Preisen verkauft wurden. Große Mengen Frischgemüse seien wegen Absatzmangels in den letzten Wochen verdorben.

Außerdem ist die gesamte Ablieferung an Kohlrabi und Spinat verdorben. In München-Gladbach sind große Mengen anderer Frischgemüse verdorben. In München gibt es zu viel Fenchel und Weinsäuren, auch Gurken, Weiß- und Rotkohl, sowie Boben. Ähnliches in München zu verzeichnen. Was kann man aus dieser Situation schließen? Die Ursache wird sagen, die Preise sind zu hoch, womit sie subjektiv recht hat. Die Bauern sagen, daß sie belohnt zu werden verdienen und wegen der ausländischen Konkurrenz so stark mit den Preisen herumgerufen wurden, daß sich der Obst- und Gemüsebau kaum noch rentiert. Wohl liegen die Preise für Obst und Gemüse etwa bei dem Doppelten der Vorkriegspreise, aber die Selbstkosten der Bauern für Spritzmittel, künstliches Düng, Maschinen usw. sind ebenfalls doppelt so hoch wie vor dem Krieg. Die Löhne und Gehälter sind aber nicht auf das Doppelte gestiegen, also kann man auch nicht mit dem gleichen Absatz wie im Frieden rechnen. Es kommt hinzu, daß noch stärker als schon vor dem Krieg, ein kleines Götchen zu pflügen, aus dem sie Gemüse ziehen.

Einstimmlich ist der zweite Teil. Daß es den Bauern nicht gelingen ist, auf einen Preis herunterzugehen, der die Wurzeln vor dem Verderben und die vor dem völligen Verlust der Einnahmen schützt. Daß im vorigen Jahr gerade in den Großstädten Gemüse und Obst zum Verkauf zu teuer und viele große Wägen nicht zu haben waren — heute aber so viel davon da ist, daß ein Teil verdorben muß.

Gebühren-Haare

Der Staat ist mit allen Mitteln bestrahlt, seine Einnahmen zu steigern, nicht zuletzt um seinen großen Verpflichtungen gegenüber seinem überdimensionierten Verwaltungsapparat nachzukommen. Seine Ämter und seine Behörden haben sich hier tatkräftig eingestellt. Da die Steuern mit denen die Wirtschaft und jeder einzelne heute belastet sind, nicht mehr erhöht werden können, hat man einen neuen Weg für die Steigerung der Einnahmen gefunden. — man erhebt Gebühren. Jede Behörde fühlt sich nun berechtigt, ihre Tätigkeit zusätzlich durch Einhebung von Gebühren honorieren zu lassen, und es besteht die Gefahr, wenn hier nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird, daß immer mehr Gebühren „entstanden“ und erhoben werden. Die Eisenbahnverwaltungen sind mit ungeheuren Gebührenforderungen ausgestattet, um den Bauern im Nichtertragsgebiet zu „bestrafen“. Die Polizei hat ihre Gebührenhöcker, schon performiert und mit verdickten, gestaffelten DM-Belegen um den Verkehrsmittel zu „bestrafen“. In vermehrtem Umfang beginnen die Behörden ihre Post als „gebührenpflichtige Dienstsache“ zu verwenden. Ein Ministerium geht mit gutem Beispiel voran und fordert für die Zustellung von Kollen an gewerbliche Verbraucher eine ganz erhebliche Taxe.

Die Wirtschaft ist an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt, sie muß mit jedem Pfennig rechnen und es kann ihr nicht zugemutet werden, auf diesen Umwegen weitere Beiträge für die Erhaltung des hypertrophischen Verwaltungskörpers zu leisten.

Genf auf Abwegen

Die Mitgliedstaaten des Genfer Zoll- und Handelsabkommens haben diese Tage einen Beschluß gefaßt, der nicht kritisch hingenommen werden kann. Danach dürfen „wirtschaftlich unentwickelte und durch den Krieg betroffene Länder in gewissen Grenzen Schutzmaßnahmen ergreifen, wie z. B. die Festlegung von Einfuhrquoten zur Entwicklung und zum Wiederaufbau bestimmter industrieller oder landwirtschaftlicher Zweige“.

Das bedeutet praktisch die Rückkehr zur Schutzpolitik, und gerade sie glauben wir nach diesem zweiten großen Weltkrieg endlich als überwinden zu dürfen. Es hätte uns nicht gewundert, wenn aus irgend einem kleinen Land der Ruf nach Schutzpolitik in die Weltöffentlichkeit gedrungen wäre, aber gerade von dem, wo es der Wieg des freien Welt Handels als offener gearbeitet wird, können wir auf eine solche Änderung nicht gefaßt sein. Welches europäische Land ist nicht durch das Krieg betroffen? Welches europäische Land wird nicht beherrscht, es sei wirtschaftlich noch nicht genug entwickelt? Also sind alle europäischen Staaten, ausgenommen vielleicht die Schweiz und Schweden, auf diesen Beschluß hin berechtigt, „Schutzmaßnahmen“ zu ergreifen. Und da die Festle-

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Im Zuge der Verwaltungsvereinfachung wurden von dem neuen Regierungsbezirk Trier bestehenden Arbeitältern sechs aufgelöst bzw. versetzt. Die Arbeitältere Saarberg und Billung wurden dem Arbeitsamt Trier angegliedert, während die Arbeitältere Deon und Priem zu einem Arbeitsamt mit dem Sitz in Gerolstein und die Arbeitältere Brunkel und Willrich zu einem Arbeitsamt mit dem Sitz in Berncastel zusammengelegt wurden.

Mit Rücksicht auf die dringlichen Vorstellungen der Landwirtschaft und des Weinbaus hat das Finanzministerium von Rheinland-Pfalz die Landbesitzerkonten in Neustadt und Koblenz angepasst, bei der Gewährung von B-Mark-Beiträgen die Ansprüche auf Unberücksichtigung der Beschlagnahmen, die von Angehörigen der genannten Wirtschaftszweige gestellt werden, bevorzugt zu bearbeiten.

Die Gesamteinsparung der von einer Total- oder Teildemontage betroffenen Betriebe in Südwestfalen umfaßt über 8000 Mann, in welchem Umfang Entlassungen notwendig werden, läßt sich so heißt es in dem Bericht des Landesamtes für den Monat August weiter, heute noch nicht voraussagen. Die Betriebe lassen nichts unversucht, um möglichst viel Arbeitskräfte durchzuhalten.

Im Monat August haben sich, wie Süddeutsche Zeitung meldet, 188 Freiwillige, davon 31 Frauen, für eine Beschäftigung in Frankreich gemeldet.

Zwischen dem süddeutschen Wirtschaftsministerium und dem französischen Department Rhein-Mosel schweben gegenwärtig Verhandlungen über den Abschluß eines Warenaustauschabkommens.

Die französ. Besatzungszone Deutschland erhielt von der ECA am 18. Sept. 1,3 Mill. Dollar für Baumwolllieferungen und Frachtkosten an USA zugewandt. Für die Doppelzone waren in der Tabelle der ECA vom 16. 8. keine Lieferungen vorgesehen.

3000 tcm zu Baracken und Belohnungen verarbeitetem Holz soll von der französischen Militärregierung für den zivilen

Bedarf der französischen Zone freigegeben werden.

Die Getreideregale in Südwestfalen sind voraussichtlich 25.000 t ergeben und vier Monate die Versorgung sicherstellen, für die übrigen acht Monate müssen 70.000 t Getreide eingeführt werden. Die diesjährige Getreidemenge in Südwestfalen ist unter ungünstigen Witterungsverhältnissen eingebracht worden, der Durchschnittsertrag beträgt 28-30%. Viel Getreide ist ausgefallen und kann nur für Futtermittel Verwendung finden. Das Durchschnittsergebnis des Getreides ist in Rheinland-Pfalz durchwegs zufriedenstellend.

Die Industrie der Steine und Erden Rheinland-Pfalz hat von den Eisenbahnen und Gemeinden große Lieferaufträge an Kleinstschlag und Strahlmaterial erhalten. Die Beschäftigungslage ist gut, doch fehlt es weiterhin an Facharbeitern.

Der Großhandelsverband Nahrung- und Genussmittel Rheinland-Pfalz in Koblenz hat eine Fachgruppe Südwestfalen gegründet. Die Fachgruppe umfaßt alle Südwestfälischen der Regierungsbezirke Koblenz, Mainz, Trier und Mosel.

In Lebach wurde das erste Wasserwerk nach dem Kriege in der Eifel erbaut.

Durch Änderung des Oberkommandierenden der französischen Zone vom 13. September 1948 ist mit Wirkung vom 1. August an Stelle des bisherigen französischen Zwangsverwalters Viet Hinczy ein deutscher Zwangsverwalter in der Person von Heinrich Landshütz zum Zwangsverwalter der Gewerkschaft Baden, Kalibergwerk in Buggingen (Kreis Mühlheim) ernannt worden. An dem Kapital des Kalibergwerks Buggingen war seit 1933 die Preussische Bergwerks- und Hütten-AG (Preußag) mit einem Anteil von 50% beteiligt. Den Rest des Kapitals hatte der Freistaat Baden übernommen. Seit einiger Zeit bemüht sich eine mit französischer Mehrheitsbeteiligung gegründete Gesellschaft um die Pachtung des Bergwerks-Betriebs. Die Übergabe der Zwangsverwaltung an einen Deutschen dürfte der Verwirklichung einer solchen Transaktion dienen.

Englische Zone

Bei Bauarbeiten für Fertighäuser ist die Entschärfung nicht so weit gediehen, daß man sich schon auf bestimmte Normen berufen kann, erklärte der Leiter der Hauptabteilung des „deutschen Industrieerbnamts“ (DIE), die vor einiger Zeit ihren Sitz von Berlin nach Koblenz verlegte.

Eine Bergbauausstellung findet vom 18. Oktober bis 2. November in der Volkshalle in Essen statt. Die Ausstellung fällt mit einer Bergbauausstellung von 19 bis 21. Oktober zusammen.

Zur Behebung der energetischen Energiekrise in Nordrhein-Westfalen wird Hamburg täglich von 15 bis 20 Uhr 200.000 bis 300.000 Kilowattstunden liefern, wie aus Kreisen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks verlautet.

Hannover plant im Rahmen einer internationalen Bauausstellung 1950 eine „Deutsche Bauausstellung“ auf dem Messegelände in Laatzen.

Im Juli 1948 wurden in Schleswig-Holstein mehr als 173.000 kg Kamm-, Stroch- und Baumwollgarne sowie 27.500 Meter Baumwoll- und Wollebersteinspinnstoffe und Erzeugnisse der Leinwand- und Scherwollweberei hergestellt. Im Juni waren es 150.000 kg bzw. 190.000 Meter. Eine noch stärkere Produktionssteigerung wird in der Bekleidungsindustrie festzustellen.

Das deutsche Finanzministerium weist darauf hin, daß der Staat zur Zeit keine Gelder zur Unterstützung bestimmter Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stellen kann. Der Staat übernimmt jedoch auch jetzt, wie bereits vor der Währungsreform, Bürgschaften für Bankkredite zu Gunsten von Neubürgern.

„Individuelle“ Fütterung

Die verschiedenen Pläne und Überflüsse, die in den einzelnen Ostzonen zur Hebung der Produktion durchgeführt werden, zeitigen, das kann nicht gelupnat werden, gewisse Erfolge, was allem, wenn die Fortschritte jeweils in Bruchteilen eines konkreten Vergleichsmaßstabes angegeben werden. Meist wird das „Soll“ erreicht, manchmal nicht ganz. Der tschechische Industrieminister Klement B. schweigt nicht ganz zufriedener zu sein. Er erklärte vor kurzem, daß die Regierung entschlossen ist, den Vorrat

wenn diese sich damit eine Existenz verdienen wollen.

Eine Erhöhung der Preise für handelsüblichen Düngemittel um 20 Prozent wird zur Zeit von der Reichsindustrie in der britischen Zone in Verhandlungen mit der VWV angebahnt. Diese Erhöhung sei mit der Herabsetzung der Kohlepreise unbedingt notwendig.

Glühlampen können nach einer Meldung der Verwaltung für Wirtschaft ohne weitere Kontrolle von den Fabriken über den Handel verkauft werden. Die Glühlampenindustrie der Westzonen kann jedoch die Nachfrage zur Zeit noch nicht ganz decken, da sie nicht über Herstellungsplätze verfügt. Die Lampen müssen vorerst den lehr- und hochschulischen Betrieben, der Ernährungswirtschaft, dem Gesundheitswesen und den im öffentlichen Interesse arbeitenden Behörden, der Polizei, den Schulen usw. zur Verfügung gestellt werden. Der Fachhandel hat sich verpflichtet, diesen dringlichen Bedarf bei der Vertriebung zu berücksichtigen. Ein angemessener Anteil ist jeweils auch für den privaten Verbraucher vorgesehen.

Die Hamburger Mülse hat Anwesenheit erhalten, für 607.500 DM Eisenpulver zu prägen. 195,1 t Metallpulver dieser Sorte Exportgenehmigung bereitgestellt worden. Mit der Metallpulverherstellung wird ein halbes Jahr zur Herstellung dieser Menge Kleingeld.

Der Druck der unzulässig in Hamburg Hafen beschäftigten Arbeiter hat den Senat und die Ge-

des Sozialismus unter allen Umständen zu sichern. Es sei angesichts des Flüchtlingsproblems ein Verbot, an den 32 Sonntagen, den 32 Feiertagen, den 20 Feiertagen und den 12 Feiertagen des Jahres nicht zu arbeiten. Die Zahl der verurteilten Arbeitstunden sei in manchen Betrieben erschreckend hoch, sie erreichte bis zu 32% der normalen Arbeitzeit. Der Minister schlug vor, durch Bekämpfung der Arbeiter und durch Wettbewerb in der „Regelmäßigkeit des Erscheinens zur Arbeit“ die Arbeitslosigkeit zu heben. Die Gewerkschaften hätten haben vorgeschlagen, daß alle Arbeiter und Angestellten, die von zum an 8 Stunden unentgeltlich von der Arbeit fortbleiben, keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen haben sollen.

Man führt den tschechischen Arbeiter und Bauern im übrigen die Fortschritte in der Sowjetunion vor Augen, die den Lebensstandard der Massen von Tee zu Tee füllbar haben, um die neuen Arbeitsmethoden in der Sowjetunion zu studieren und aus ihnen Nutzen für den eigenen fünfjährigen Plan zu ziehen, besprechen sich laufend Abordnungen nach der Sowjetunion. Vor kurzem hielt der Leiter einer solchen Abordnung die Gelegenheit hatte, landwirtschaftliche Betriebe zu besichtigen, einen Vertrag über die Fütterung und Pflege der Milchkuhe in der Sowjetunion. Es sei ein Erfolg der revolutionären Fortschritte, daß die Kühe in der Sowjetunion mehr Milch liefern als in den kapitalistischen Län-

dermaßen dazu veranlaßt, die Verhandlungen über eine Lohngarantie den zuständigen Behörden gegenüber beschleunigt zu einem Abschluß zu bringen. Nachdem bereits kurz nach der Währungsreform etwa 200 Arbeiter aus dem Hafen entlassen wurden, sollen zum 1. Oktober wieder 1000 Unzulässig geständig werden. Das gab Anlaß zu dem Antrag, daß schon wiederholt von den Hafenarbeitern die Forderung nach einer Lohngarantie gestellt worden war. Am Freitag hat der Senat der gesamten Hafenbetriebsgesellschaft empfohlen, von einer Kündigung der 1000 Arbeiter abzusehen oder aber zumindest die Zahl auf das Minimum zu beschränken. Der gesamte Hafenbetrieb wird daraufhin die Zahl um die Hälfte reduzieren. Das Arbeitsamt hat sich bereit erklärt, wegen der Unzulässigkeit der Schiffsanwärter und der damit verbundenen ungeliebten Arbeitsaufnahme den jeweils unzulässigen und arbeitslosen Arbeitern einen Mindestlohn zu garantieren, der die im Mindestlohn-Abkommen garantierten Beträge zum Vorbild hat.

Das Volkswagenwerk rechnet in diesem Monat mit einer Produktion von über 2100 Stück. Bereits Mitte September wird das monatliche Produktionsziel überschritten. Voraussetzung ist allerdings, daß bei den Rohmateriallieferungen keine Stockung eintritt, was insbesondere für Elektromaterial gilt. Der bisherige monatliche Produktionshöchststand lag im vergangenen Jahr bei 1800 Wagen. Gerüchte, wonach das Volkswagenwerk im nächsten Jahr eine Neukonstruktion herausbringen will, werden demnach, Es sei lediglich beabsichtigt, den gegenwärtigen Typ leicht zu veredeln und die Ausstattung zu verbessern. Bei der JETI-Zweifelhaftigkeit nach Düsseldorf, zwei Auftragsverträge über Volkswagen im Werte von 33.000 Dollar geschloßen. Dem tschechischen Kraftfahrzeughandel sind bereits Hunderte von Bestellungen zugegangen.

Drei Hamburger Firmen haben einen Vertrag über Zementlieferungen nach Großbritannien in Höhe von 300.000 Dollar abgeschlossen. Außerdem hat die JETI in Hamburg einen Liefervertrag über 300 Dieselmotoren im Wert von 250.000 Dollar nach Großbritannien und einen Vertrag über Fittings von 118.000 Dollar nach Argentinien geschloßen.

Die Erdölförderung in Nordwestdeutschland kommt im Monat August weiter auf 33.800 t (33.500 t) gestiegen werden. Die Mehrförderung entfällt ungefähr zu gleichen Teilen auf die Krolland- wie auf die alten hannoverschen Felder. Die stärkste Steigerung erfuhr die Produktion im Bohrloch Lingen mit 4023 (4000) t. Am Stammerberg, 10 km von Hannover, wurde durch die Gewerkschaft Elevert mit 7 t ein neues Bohrloch erschloßen.

Amerikanische Zone

Die Argo-Needarsel, Bremen, wird Ende September den Liebskindern Bremen-Friesland und dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau mit dem 1928er-Turbo-Dampfer „Sport“ wieder übergeben. Es ist beabsichtigt, diesen Liebskindern in Gemeinschaft mit der „Flora Antares“ verchartern zu durchzuführen.

Der Direktverkehr Bremen-Ostsee wird am 30. September mit dem Dampfer „Moltenberg“ der „Holland-Ost-Asien-Linie“ aufgenommen. Bedient werden Fort Said, Suez, Aden, Singapur mit Umladung nach Bangkok und bei genügender Ladung auch Colombo und Penang. Weitere Direktverbindungen sind in monatlichen Abständen geplant. Makler in Bremen ist die Firma Hermann Dausberg.

Die Holland-Afrika-Linie in Amsterdam unter dem 23. September 1948 einen Liefervertrag mit dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau über die Lieferung von 1000 Stück in Bremen ist die Fa. Gebrüder Sprock in Bremen.

Als Kernen für die Durchdringung der Demontage- und Rekonstruktion wurden bisher, wie aus einem Bericht des bayrischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, von bayrischen Staat 20 Mill. Reichsmark bzw. D-Mark aufgebracht. Der noch benötigte Betrag wird auf 18 Mill. DM geschätzt.

Für das Ultra-Präzisionswerk Aachdornberg und die Firma Helrich Diehl, Nürnberg, die bereits demontiert und für den sofortigen Versand vorgesehen sind, ist von der Militärregierung ein Versandvertrag ausgeprochen worden. Das Wirtschaftsministerium hatte die Militärregierung ersucht, was dem durch Gegenbeobachtung sofortigen Abtransport von 3 bayrischen Betrieben zu die Empfängerbetriebe anschauen und das Ergebnis der Be-

herige monatliche Produktionshöchststand lag im vergangenen Jahr bei 1800 Wagen. Gerüchte, wonach das Volkswagenwerk im nächsten Jahr eine Neukonstruktion herausbringen will, werden demnach, Es sei lediglich beabsichtigt, den gegenwärtigen Typ leicht zu veredeln und die Ausstattung zu verbessern. Bei der JETI-Zweifelhaftigkeit nach Düsseldorf, zwei Auftragsverträge über Volkswagen im Werte von 33.000 Dollar geschloßen. Dem tschechischen Kraftfahrzeughandel sind bereits Hunderte von Bestellungen zugegangen.

Drei Hamburger Firmen haben einen Vertrag über Zementlieferungen nach Großbritannien in Höhe von 300.000 Dollar abgeschlossen. Außerdem hat die JETI in Hamburg einen Liefervertrag über 300 Dieselmotoren im Wert von 250.000 Dollar nach Großbritannien und einen Vertrag über Fittings von 118.000 Dollar nach Argentinien geschloßen.

Die Erdölförderung in Nordwestdeutschland kommt im Monat August weiter auf 33.800 t (33.500 t) gestiegen werden. Die Mehrförderung entfällt ungefähr zu gleichen Teilen auf die Krolland- wie auf die alten hannoverschen Felder. Die stärkste Steigerung erfuhr die Produktion im Bohrloch Lingen mit 4023 (4000) t. Am Stammerberg, 10 km von Hannover, wurde durch die Gewerkschaft Elevert mit 7 t ein neues Bohrloch erschloßen.

Die Argo-Needarsel, Bremen, wird Ende September den Liebskindern Bremen-Friesland und dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau mit dem 1928er-Turbo-Dampfer „Sport“ wieder übergeben. Es ist beabsichtigt, diesen Liebskindern in Gemeinschaft mit der „Flora Antares“ verchartern zu durchzuführen.

Ostzone

Die Argo-Needarsel, Bremen, wird Ende September den Liebskindern Bremen-Friesland und dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau mit dem 1928er-Turbo-Dampfer „Sport“ wieder übergeben. Es ist beabsichtigt, diesen Liebskindern in Gemeinschaft mit der „Flora Antares“ verchartern zu durchzuführen.

Der Direktverkehr Bremen-Ostsee wird am 30. September mit dem Dampfer „Moltenberg“ der „Holland-Ost-Asien-Linie“ aufgenommen. Bedient werden Fort Said, Suez, Aden, Singapur mit Umladung nach Bangkok und bei genügender Ladung auch Colombo und Penang. Weitere Direktverbindungen sind in monatlichen Abständen geplant. Makler in Bremen ist die Firma Hermann Dausberg.

Die Holland-Afrika-Linie in Amsterdam unter dem 23. September 1948 einen Liefervertrag mit dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau über die Lieferung von 1000 Stück in Bremen ist die Fa. Gebrüder Sprock in Bremen.

Als Kernen für die Durchdringung der Demontage- und Rekonstruktion wurden bisher, wie aus einem Bericht des bayrischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, von bayrischen Staat 20 Mill. Reichsmark bzw. D-Mark aufgebracht. Der noch benötigte Betrag wird auf 18 Mill. DM geschätzt.

Für das Ultra-Präzisionswerk Aachdornberg und die Firma Helrich Diehl, Nürnberg, die bereits demontiert und für den sofortigen Versand vorgesehen sind, ist von der Militärregierung ein Versandvertrag ausgeprochen worden. Das Wirtschaftsministerium hatte die Militärregierung ersucht, was dem durch Gegenbeobachtung sofortigen Abtransport von 3 bayrischen Betrieben zu die Empfängerbetriebe anschauen und das Ergebnis der Be-

herige monatliche Produktionshöchststand lag im vergangenen Jahr bei 1800 Wagen. Gerüchte, wonach das Volkswagenwerk im nächsten Jahr eine Neukonstruktion herausbringen will, werden demnach, Es sei lediglich beabsichtigt, den gegenwärtigen Typ leicht zu veredeln und die Ausstattung zu verbessern. Bei der JETI-Zweifelhaftigkeit nach Düsseldorf, zwei Auftragsverträge über Volkswagen im Werte von 33.000 Dollar geschloßen. Dem tschechischen Kraftfahrzeughandel sind bereits Hunderte von Bestellungen zugegangen.

Drei Hamburger Firmen haben einen Vertrag über Zementlieferungen nach Großbritannien in Höhe von 300.000 Dollar abgeschlossen. Außerdem hat die JETI in Hamburg einen Liefervertrag über 300 Dieselmotoren im Wert von 250.000 Dollar nach Großbritannien und einen Vertrag über Fittings von 118.000 Dollar nach Argentinien geschloßen.

Die Erdölförderung in Nordwestdeutschland kommt im Monat August weiter auf 33.800 t (33.500 t) gestiegen werden. Die Mehrförderung entfällt ungefähr zu gleichen Teilen auf die Krolland- wie auf die alten hannoverschen Felder. Die stärkste Steigerung erfuhr die Produktion im Bohrloch Lingen mit 4023 (4000) t. Am Stammerberg, 10 km von Hannover, wurde durch die Gewerkschaft Elevert mit 7 t ein neues Bohrloch erschloßen.

Die Argo-Needarsel, Bremen, wird Ende September den Liebskindern Bremen-Friesland und dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau mit dem 1928er-Turbo-Dampfer „Sport“ wieder übergeben. Es ist beabsichtigt, diesen Liebskindern in Gemeinschaft mit der „Flora Antares“ verchartern zu durchzuführen.

Der Direktverkehr Bremen-Ostsee wird am 30. September mit dem Dampfer „Moltenberg“ der „Holland-Ost-Asien-Linie“ aufgenommen. Bedient werden Fort Said, Suez, Aden, Singapur mit Umladung nach Bangkok und bei genügender Ladung auch Colombo und Penang. Weitere Direktverbindungen sind in monatlichen Abständen geplant. Makler in Bremen ist die Firma Hermann Dausberg.

Die Holland-Afrika-Linie in Amsterdam unter dem 23. September 1948 einen Liefervertrag mit dem Reichs-Werkzeugmaschinenbau über die Lieferung von 1000 Stück in Bremen ist die Fa. Gebrüder Sprock in Bremen.

Als Kernen für die Durchdringung der Demontage- und Rekonstruktion wurden bisher, wie aus einem Bericht des bayrischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, von bayrischen Staat 20 Mill. Reichsmark bzw. D-Mark aufgebracht. Der noch benötigte Betrag wird auf 18 Mill. DM geschätzt.

Für das Ultra-Präzisionswerk Aachdornberg und die Firma Helrich Diehl, Nürnberg, die bereits demontiert und für den sofortigen Versand vorgesehen sind, ist von der Militärregierung ein Versandvertrag ausgeprochen worden. Das Wirtschaftsministerium hatte die Militärregierung ersucht, was dem durch Gegenbeobachtung sofortigen Abtransport von 3 bayrischen Betrieben zu die Empfängerbetriebe anschauen und das Ergebnis der Be-

herige monatliche Produktionshöchststand lag im vergangenen Jahr bei 1800 Wagen. Gerüchte, wonach das Volkswagenwerk im nächsten Jahr eine Neukonstruktion herausbringen will, werden demnach, Es sei lediglich beabsichtigt, den gegenwärtigen Typ leicht zu veredeln und die Ausstattung zu verbessern. Bei der JETI-Zweifelhaftigkeit nach Düsseldorf, zwei Auftragsverträge über Volkswagen im Werte von 33.000 Dollar geschloßen. Dem tschechischen Kraftfahrzeughandel sind bereits Hunderte von Bestellungen zugegangen.

Drei Hamburger Firmen haben einen Vertrag über Zementlieferungen nach Großbritannien in Höhe von 300.000 Dollar abgeschlossen. Außerdem hat die JETI in Hamburg einen Liefervertrag über 300 Dieselmotoren im Wert von 250.000 Dollar nach Großbritannien und einen Vertrag über Fittings von 118.000 Dollar nach Argentinien geschloßen.

Die Erdölförderung in Nordwestdeutschland kommt im Monat August weiter auf 33.800 t (33.500 t) gestiegen werden. Die Mehrförderung entfällt ungefähr zu gleichen Teilen auf die Krolland- wie auf die alten hannoverschen Felder. Die stärkste Steigerung erfuhr die Produktion im Bohrloch Lingen mit 4023 (4000) t. Am Stammerberg, 10 km von Hannover, wurde durch die Gewerkschaft Elevert mit 7 t ein neues Bohrloch erschloßen.

Wachstum, bei weitausgehender Sicherheit und Nachweis des Absatzes der Waren auf dem Luftwege gewährt die Kredite zu einem Zinssatz von 1% pro Jahr zusätzlich 4% Provision pro Quartal. Der Verzicht auf die Wechselgebühren erfolgte im Hinblick auf die Absetzung zahlreicher Firmen gegen diesen Art der Finanzierung.

1930 t Roheten werden jährlich als Teillieferung aus der Sowjetunion in Leipzig an. Wie verlautet sollen weitere 8000 t Roheten zu Arriden sein. Die Rohetenlieferungen aus der Sowjetunion und Polen in die Ostzone haben nach Erklärungen von Direktor Ehrlich von Amt für Wirtschaft in Leipzig im gleichen Verhältnis zugenommen wie die Transporte aus den Westzonen ausblieben.

Für das Land Brandenburg sind in Frankfurt seit dem April 41.000 t Stahllieferungen eingetroffen. Die Stahllieferungen aus Schlesien belief sich im August auf 8100 t. Für September sind 12.000 t vorgesehen. Die Kohlenlieferungen sind somit für Garwerke bestimmt.

Eine französische Handelsabordnung ist zu Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen mit der Ostzone in Berlin eingetroffen. Da das Abkommen aus dem Vorjahr in diesem Tagen abläuft.

111.000 Postarbeitskräfte mit einem Bestand von 300 Mill. D-Mark bestehen in der arbeitsfähigen Besatzungszone und in Berlin. Allein im August sind 4000 Kollon neu angelegt worden. Der Bestand hat sich gegenüber Ende Juli nach der Getreidemenge in der Besatzungszone um 11 Mill. D-Mark erhöht. In der Ostzone einschließlich Groß-Berlin bestehen 111.000 Personen ein Postarbeitskräfte mit etwa 7 Mill. D-Mark. Diese Entwicklung ist auf den von zwei getrennten Zonen zu halten eines Kontos zurückzuführen.

Alle deutschen Erfinder sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, für ihre Erfindungen ein Patent oder einen Urheberrecht in der UdSSR zu erlangen.

Die Einwohnerzahl von Stettin ist sich nach Angaben des polnischen Pressebüros im laufenden Jahr um mehr als dreißigtausend Personen erhöht haben und gegenwärtig 111.000 Personen betragen (1939 170.000). Bei den Aufarbeiten im Hafen von Stettin werden gegenwärtig fast sechszehntausend Arbeiter und etwa viertausend Angestellte beschäftigt.

Am 18. August wurde in Erfurt die „Technischen Tätigkeiten“ eröffnet. Sie dauert bis zum 1. Oktober.

Eine Registrierung der technischen Flotte auf der See- und Binnen-Wasserstraßen in der Ostzone ist auf Grund einer Anordnung der deutschen Wirtschaftskommission in der Zeit vom 15. bis 25. September dieses Jahres bei den zuständigen Wasserstraßenämtern in der gesamten Besatzungszone einschließlich des Raumes von Groß-Berlin durchgeführt worden. Mit Wirkung vom 25. Oktober dieses Jahres verlieren die alten Registerpapiere und Pläne ihre Gültigkeit.

Die Besatzungsbehörde der Ostzone hat eine Abgabe von 30% der Bruttoeinnahmen der Fähr- und Badefahrten, von 15% der Personentransportgebühren im Bereich Dresden und von 8% der sonstigen Personentransportgebühren zu Gunsten der Wasserstraßenverwaltung angeordnet, weil die Unterhaltungskosten für die Wasserstraßen der Ostzone aus den höheren Abgaben nicht gedeckt werden könnten. Die Wasserstraßenbehörde sollen überprüft und die Personentransportgebühren vereinheitlicht werden.

Bei der Klaus-Köpenicker-Werke in Berlin-Köpenick wurden in diesem Jahr 15 Fischkutter fertiggestellt. Der 14. Kutter soll im Oktober vom Stapel laufen. Die Bootaufträge sind gesichert sein. Der Betrieb beschäftigt gegenwärtig 500 Arbeiter und Angestellte. Im Rahmen des Zweijahresplans für die Sowjetzone soll die Werft 1948 insgesamt 18 und 1939 20 Hochseerkutter bauen.

Die volkswirtschaftlichen und Metallwarenfabrik vormals Poile in Magdeburg baut eine neue Gießerei für Stahl- und Graugieß. Durch die Inbetriebnahme dieser Gießerei soll die im Zweijahresplan vorgesehene Erhöhung der Metallwarenerzeugung auf 215.000 t im Jahre 1950 erreicht werden. Der von der Landesregierung Sachsen-Anhalt finanzierte Neubau erfordert eine Mill. Mark. Am 1. Januar 1949 soll die Produktion anschauen.

durchzuführen. Italien wird damit — so heißt es in der vorliegenden römischen Meldung — zum ersten Mal rollendes Material eigener Erzeugung zur Ausfuhr bringen. Über die Lieferung von Eisenbahnen auch an andere Länder darunter Frankreich, das 1000 Wagen erhalten soll seien Verhandlungen im Gange.

Niemand wird die damit angebahnte aufsteigende Entwicklung einer italienischen Industrie von bisher geringem internationalen Ansehen, welches Augen sehen wollen. Das kann aber nicht verhindern, daß man von der Beilehnung mit Wagnern italienischer Herkunft in Deutschland mit einigen Entzücken hören wird. In Italien fehlen die Grundstoffe — Eisen, Holz und Kohle — die zur Erzeugung von Wagnern erforderlich sind. Sie alle sind in Deutschland vorhanden. In Deutschland bestehen auch die Anlagen, die die Erzeugung von Eisenbahnen dieses können. Man warte hier nur auf die Freigabe entsprechender Mengen der benötigten Rohmaterialien, um die Produktion in großem Maßstabe aufzunehmen. Trotzdem sollen Wagners aus Italien nach Deutschland und nicht, wie es natürlicher wäre, umgekehrt aus Deutschland nach Italien gehen. Entwickeln sich die Dinge folgerichtig so weiter, so werden sich die Neapolitaner nicht wundern dürfen, wenn die ihrem Markt eines Tages um deutschen Orange überschwenkt finden.

Die italienische Transportminister Corbelli bestätigte der Presse, daß Italien von den USA im Rahmen der Europapakt eine Bestellung von 4500 für Deutschland bestimmte Wagners übertragen worden sei. Die Lieferung der Wagners sei im Januar 1949 begonnen. Innerhalb sechs Minuten

Cripps setzt sich durch

Lohndisziplin der Arbeiter beseitigt Inflationsgefahr

Der Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften (Trade Union Congress) war die wichtigste und allseitig interessierende Veranstaltung im innenpolitischen und wirtschaftlichen Leben Englands der letzten Zeit. Die Beschlüsse und Resolutionen des Kongresses bestimmen daher in starkem Maße nicht nur die Gestaltung der britischen Wirtschaftspolitik im Inlande und die Lebenshaltung der Bevölkerung, sondern auch — insbesondere das Außenhandels- und seine Konjunkturpolitik — auf dem Weltmarkt, wie überhaupt die wirtschaftliche und monetäre Gesundheit der britischen Wirtschaft.

Man diskutierte über den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Kapazität, Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, Stabilisierung der Löhne, Steigerung der Kaufkraft, Ausweitung des Handels, Kontrolle der Profite, den schweren Markt, Veranschlagung der Steuererhebung, verstärkte Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle verstaatlichter Industrien, währschaftliche in einer Resolution verurteilt wurden — 1.800 Mill. Stimmen gegen 1.200 Mill. und über viele andere Fragen.

Das Zentralproblem bildete die Frage der Preise und Löhne. Im Frühjahr hatte die Regierung ihre Absicht bekanntgegeben, beide stabil halten zu wollen. Eager hat die Gewerkschaften zugestimmt, von Lohnforderungen abzusehen. Die Preise stiegen jedoch fortlaufend. Man hatte daher höhere Debeten hierfür auf dem Jahreskongreß erwartet. Durch seine materielle Beilege am 1. Tage der Tagung nahm aber Sir Stafford Cripps der Opposition den Wind aus dem Segel. Seine Rede, die mit großer Ruhe und Aufmerksamkeit zugehört wurde, war in Wahrheit ein Appell an das Land für noch größere Anstrengungen. Im Wesentlichen sprach er über die gleichen Probleme, die er schon schon anderen Orts vorgetragen hatte und über die wir unsere Leser in den letzten Ausgaben bereits

mehrfach unterrichtet haben (Zahlungsdisziplin, ungelagerte Balance zwischen Importen und Exporten, Profite und Löhne, Erhebung alter und neuer Märkte, Kapitalinvestitionen usw.). Er gab damit ein Bild der wirtschaftlichen Lage des Landes und schilderte, welche Folgen eine Steigerung der Löhne bringen könnte. „Wir sind auf gutem Wege zum Wiederaufbau“, sagte er, „aber wir haben nur einen einzigen Kuckuck von gewisser Größe, der ausgeht werden kann. Wenn viele Leute ein grünes Stück davon haben wollen, dann kann es nur sofern begrenzt werden, für die dann, aus dem kleineren Stück übrigbleibt.“ Zur Frage der Preis- und Lohnpolitik verglich er die Profite der Gesellschaft mit den Zahlen der Löhne und Gehälter des Jahres 1947. 120 Mill. Pfund Sterling Dividenden nach Steuerabzug gegenüber 200 Mill. Pfund an Löhnen und 120 Mill. Pfund an Gehältern. Die Dividenden betragen danach etwa 1/3 der Totalhöhe und 1/4 der Löhne und Gehälter zusammen. Wenn man die Profite daher, so hörte er, um 1/3 vermindert, so ist sehr deutlicher Schritt —, dann würde der nicht mehr als einen Zuwachs von 4 Pence pro Pfund an Löhnen und Gehältern bedeuten, eine Summe, die ein Deutscher im Jahre 1947 als höchst beachtenswertes Leben. „Es gibt nur einen Weg“, fuhr er fort, „durch den wir bei gleichem Beschäftigungsumfang unseren realen Lebensstandard steigern können, und das ist, daß jeder von uns mehr produziert, mit anderen Worten, unsere Produktivität steigert. Der nächste Schritt ist darum die Steigerung des Outputs der Produktion, und das würde sich auch durch erreichen, die Preise zu senken.“ Dafür gebe es nur zwei Wege, entweder mehr Muskeln oder

mehr Verstand einzusetzen, und erst schließlich noch mehr für den Verstand. Bei der Ausbeutung der Gesamtproduktionskraft des Landes wäre eine längere Arbeitszeit nicht tragbar. Stattdessen gelte der Verstand die Einführung neuer Methoden und neuer Maschinen. Der Erfolg könne nicht durch Anordnungen der Regierung oder der Unternehmer erreicht werden. Gemeinsame Planung und gute Gemeinschaftsarbeit bildeten die Grundlage des Erfolges. Also der Verstand. Darum begrüße er die benötigte Mitarbeit der Gewerkschaften und deren parallele und koordinierende Aktionen.

Die Entscheidung über die Lohn- und Preispolitik fiel am Donnerstag. Sprüche im Sprecher drückte Unzufriedenheit mit dem steigenden Preisen aus. Trotzdem nahm die Versammlung eine Resolution an, die Regierung möge für Kontrolle der Preise sorgen und dafür, daß die Profite in Grenzen blieben. Profite wären unerlässlich für die Industrie, gleich, ob sie in privater oder in staatlicher Hand wäre.

Nach einer Rundfunkansprache meinte man, die für Briten wichtige Frage sei geklärt: „Die Gefahr der Inflation ist gebannt.“

Der einfache Mann versteht heute in England, weshalb die Regierung von ihm höhere Arbeit und Steigerung der Produktivität bei stabil gehaltenen Löhnen fordert, obwohl ihm die Höhe der Preise des täglichen Lebens drückt.

Die erste Gesamtheit Englands hat zweifellos auch dazu beigetragen, daß der englische Gewerkschaftskongreß bei seiner jüngsten Tagung in Margate sich so eindeutig hinter die Politik der Regierung gestellt hat. Die Opposition machte der Leitung der Gewerkschaften den Vorwurf, keine positiven Vorschläge für den Wiederaufbau der Wirtschaft gehabt zu haben. „Die unterstützen einfach die Labour-Regierung.“ Es fehlte ihr der poli-

stische Schwung, wie er in den amerikanischen Gewerkschaften steckt. Andererseits wird anerkannt, daß die Regierungspolitik dem Kongreß mit großer Elastizität interpretiert werden soll, daß die Gewerkschaften „ihre Füße auf dem Boden behalten haben“ und sich nicht, wie erwartet, auf Ideen internationaler Neorganisations oder ähnlicher Fragen verstreut haben. Die Leitung war zweifellos in schwieriger Lage. Sie, die z. B. ein Leben für höhere Löhne zu verlieren hatten, fanden sich in ihrer Majorität bei ein helles Licht zu umgeben und in- direkt eine Erhöhung der Reallohn durch Senkung der Preise und Kontrolle der Profite anzustreben. Die Einzelgewerkschaften sind auch an die Beschlüsse des Kongresses gebunden. Die einzelnen Führer werden es schwer haben, ihren Mitgliedern die Notwendigkeit des „Stillhaltens“ schmackhaft und verständlich zu machen. Nicht ausgeschlossen ist, daß mindestens die überstimmte Minderheit im Laufe der Zeit mit der Regierung nicht in absehbarer Zeit einige wirksame Maßnahmen auf dem Preisgebiet durchsetzen. So erwartet man Forderungen der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Bergleute, parodoxerweise von Beschäftigungsgruppen, die verstaatlichte Betriebe angehören. Zweifelslos aber hat die Regierung durch die Resolutionen der Majorität eine starke Unterstützung ihrer Wirtschaftspolitik gefunden.

Starke Beachtung finden in der englischen Presse ferner die Versuche des Rates für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, die der Verteilung der Devisenpläne der Marshallpläne 1947, die seit bis 30. Juni 1948 gehen. Ob die wirtschaftliche Auswirkung dieser Hilfe hinaus über den im Hinblick auf die Weltlage auch die währungs- und

Würdigung der Verteilung auf die einzelnen Nationen nicht.

Arbeitskräfte gesucht

Die weitere günstige Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens, wie sie von Sir Stafford Cripps dargelegt wurde, hängt von der „Times“ am Sonnabend schreibt — entscheidend von der Steigerung der Arbeiterzahl in den lebenswichtigen Industriezweigen ab. Gleichzeitig mit dieser Notwendigkeit mache jedoch gerade jetzt die internationale Lage eine erhöhte Mobilisierung von militärischen Kräften erforderlich. Diese Stärkung der militärischen Schlagkraft ohne den wirtschaftlichen Wiederaufbau Großbritanniens zu beeinträchtigen, sei die schwere, aber entscheidende Aufgabe der britischen Regierung. So ist die Frage der Kräftebeschaffung heute das Hauptproblem. Großbritannien, zwar waren am Jahresende 1947 — so veranschlagt die „Times“ — 300.000 Arbeitskräfte mehr als die Regierung angenommen hatte, in den Arbeitsmarkt eingeschleudert, doch stand der Großteil von ihnen in weniger wichtigen Beschäftigungszweigen wie Handel, Verwaltung und im Bauwesen, in Bergbau, Landwirtschaft, Textilien, Eisen und Stahl betrug die Zunahme 1947 nur 90.000 Menschen, bei dem so sich schon getragene Zuwachse von 140.000 für das Vorjahr. Diese Entwicklung hat sich auch im ersten Halbjahr 1948 fortgesetzt. Dabei weisen allgemein weniger wichtige Industrie- und Beschäftigungszweige eine Überstimmung mit Arbeitskräften auf.

Die „Times“ kommt zu dem Schluß, daß nur weitere Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen und eine bessere Verteilung der nationalen Arbeitskraft die guten Ansätze in der wirtschaftlichen Entwicklung erweitern und sichern können.

Ein Gegner der „Nationalisierung“

London. Während die britische Regierung die Nationalisierung der Eisenindustrie vorbereitet, hat ein Mitglied des Unterhauses, Alfred Edwards, eine Kampagne gegen die Durchführung des Regierungsplanes eröffnet. Edwards, Leiter eines Unternehmens der Eisenindustrie und kürzlich aus der Labour-Party ausgeschlossen, erklärte bei einem Presserempfang die „Nationalisierung des Stahls“ wird zum Sturz der Arbeiterschaft und zu einem für die Labour-Party ungünstigen Ausgang der nächsten allgemeinen Wahlen führen. Die Regierung handelt gegen ihr besseres Wissen. Sie ist sich von den Gewerkschaften bescheiden, deren Politik von zehn Menschen verstanden wird. Wenn die Stahlindustrie verstaatlicht wird, werden die britischen Preise steigen und die Produktion sinken.

Achtmehndes Handelsdefizit

Das Defizit Großbritanniens in seiner Handelsbilanz ist gegenüber mit 200 Mill. Pfund im Jahr um 20% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, erklärte Sir Stafford Cripps vor dem Unterhaus. Cripps schätzte das Defizit für das erste Halbjahr 1948 auf 140 Mill. Pfund.

Bei der anschließenden Aussprache — wie gewöhnlich, Touristenverkehr — und ähnlichen erwartete Cripps für die ersten sechs Monate dieses Jahres einen Überschuß von 10 Mill. Pfund gegenüber

seinem Defizit von 185 Mill. Pfund im vergangenen Jahr. Der Schatzkanzler ist der Ansicht, daß die zinsfreie Entwicklung auf diesem Gebiet weiter anhält und zunimmt.

Den Gold- und Devisarückgang von den britischen Reserven schätzte Cripps für das erste Halbjahr dieses Jahres auf 350 Mill. Pfund. 1947 betrug der Rückgang dieser Reserven rund eine Milliarde Pfund Sterling. Cripps wies in diesem Zusammenhang besonders auf die großen Bemühungen der anderen Staaten des Sterling-Gebietes hin, diesen Abgang zu vermindern.

Nach Cripps' Ausführungen liefert Großbritannien heute mehr Waren und Dienstleistungen — insbesondere Öl und Frachten — an Europa, als es von diesem erhält. Die Mehrleistung schlägt er auf 80 Mill. Pfund Sterling im ersten Halbjahr. Cripps nannte dieses den Beitrag Großbritanniens an europäischen Wiederaufbau. Er kündigte dem Parlament Gesetzesentwürfe an, wonach Großbritannien 200 Mill. Dollar an Zinsausgaben an verschiedene europäische Staaten aufbringen soll.

Zum Zwecke des Ausdrucks seiner Handelsbilanz schickte Großbritannien eine Einfuhr von Früchten und Gemüse aus Italien ein. Vom Januar bis Juli 1948 belief sich diese Einfuhr auf 2,5 Mill. Pfund Sterling gegenüber 2,9 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auf eine Umfrage des „Daily Express“ befragten 80% der befragten Engländer eine Erhöhung mit Frankreich und den Benelux-Staaten, 13% waren dagegen und 27% unentschieden.

Sittlicher Stolz sprach aus den Presse-Veröffentlichungen über die britische Ausstellung in Kopenhagen, die am 18. September eröffnet worden ist und die 14. Tausend besucher zählen soll. Man erwartet Besucher aus allen Teilen der Welt und meint die „erschütterte“ Ausstellung britischer Waren, die in außerhalb Britanniens veranstaltet werden ist. Um der Ausstellung Farbe zu geben, legten Einheiten der britischen Flotte im Hafen, überließen britische Flugzeuge die Stadt und veranstalteten die Gordon Highlanders in ihrer malerischen Uniform mit ihrer Musikkapelle auf den öffentlichen Plätzen Konzerte. An fünf verschiedenen Plätzen stellen über 1000 britische Firmen ihre Waren aus. Der britische König eröffnete die Ausstellung und konnte als erster Besucher einen britischen Kraftwagen.

Nationalschuld: 25 Mrd. Pfund

Die Nationalschuld Großbritanniens betrug Ende März 1948 25.722.387.153. Im Vergleich mit der Auslandsschuld von 12.944.833.000 Lsd, nicht eingeschlossen in diesem Betrag die Kriegsschuld von 10.147.124.124 Lsd. Ende März sind also bestehende Verbindlichkeiten der Regierung aus der Kriegsschuld betragen 22.575.253.027 Lsd, wovon auf China 12.700.000 Lsd, auf Tschechoslowakei 14.400.000 Lsd, auf Frankreich 20.000.000 Lsd, auf Holland 4.000.000 Lsd, auf Polen 2.500.000 Lsd, auf die Türkei 21.900.000 Lsd und auf die Sowjetunion 20.700.000 Lsd entfallen.

Hollands Importüberschuß steigt

Exportrückgang im Juli

Die niederländische Einfuhr betrug im Juli 1948 rund 134 Mill. t im Werte von 411,8 Mill. Gulden gegenüber 1,09 Mill. t und 406,5 Mill. Gulden im Juni.

Auch bei der Ausfuhr trat ein Rückgang auf 2,87 Mill. t und 200,5 Mill. Gulden gegenüber 0,61 Mill. t bzw. 240,1 Mill. Gulden im Vormonat ein. Die wichtigsten Einzelgüter waren

| Hollands Außenhandel im Juli 1948 (in Millionen Gulden) | | |
|---|-------|-------|
| Einfuhr | Juli | Juni |
| Gesamt | 411,8 | 406,5 |
| Gewürze | 35,1 | 24,1 |
| Weizen und Weizenmehl | 16,0 | 3,5 |
| Zinn | 10,9 | 17,1 |
| Mineralöl | 12,8 | 12,7 |
| Stahlrohstoffe | 12,8 | 1,9 |
| Kopra | 7,8 | 14,4 |
| Zellulose | 7,5 | 12,9 |
| Gebirgsfleisch | 6,1 | 6,0 |
| Wolle | 5,1 | 6,9 |
| Ausfuhr | Juli | Juni |
| Gesamt | 200,5 | 240,1 |
| davon: | | |
| Baumwollwaren | 12,5 | 14,4 |
| Gemüse | 12,1 | 18,1 |
| Konsumgüter | 7,7 | 8,6 |
| Kakaoprodukte | 6,9 | 8,7 |
| Radartikel | 6,5 | 1,2 |
| Bücher | 6,5 | 1,2 |
| Rohseide | 5,8 | 7,1 |
| Zinnabergstein | 5,5 | 5,3 |
| Kaka | 5,1 | 7,2 |
| Zinn | 5,1 | 4,5 |
| Die | 4,8 | 3,5 |
| Gilblampen | 4,2 | 3,5 |
| Margarine | 3,7 | 1,8 |
| Zucker | 3,0 | 4,2 |
| Kartoffeln | 1,4 | 6,7 |

Die Exportförderung in den 1948 neu abgeschlossenen Ölfeld in der Nähe von Schwabedra an der niederländisch-deutschen Grenze betrug im Mai 1948 rund 2140 t gegenüber 13.185 t im Juni 1947, 4077 t im Juni 1946 und 100 t im Juni 1945.

Umstärkung der Industrie

Der Inlandsmarkt der niederländischen Industrie betrug im ersten Viertel dieses Jahres 1948 (im Vergleich 1946) 1000 Mill. Gulden. Die Ausfuhr von Industrieerzeug-

nissen belief sich in der gleichen Zeit auf 287.000 Mill. Gulden. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich von 230.500 im Jahre 1947 auf 240.000 in den ersten drei Monaten 1948.

Wetterrückgang der Arbeitslosigkeit Die Zahl der Arbeitslosen in den Niederlanden ging im Juli 1948 weiter auf 61.627 gegenüber 29.484 Ende Juni zurück. Diesen standen Ende Juli 44.228 offene Stellen gegenüber.

Handelsabkommen Uruguay-Niederlande Ein Handelsabkommen zwischen Uruguay und den Niederlanden wurde in Montevideo für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Jeder Vertragspartner sichert dem anderen größtmögliche Freizügigkeit bei der Bewilligung von Kredit- und Ausfuhrkreditlinien sowie bei der Zuteilung von Devisen für die Einfuhr von Gütern aus dem anderen Land. Zur Ausfuhr nach Uruguay vorgeschriebene Waren befinden sich in Industrieerzeugnissen, Industriematerialien, Rohstoffen, Karbon- und Blausäure sowie Kumpeln, während die vorgeschriebene Ausfuhr vor allem Getreide, Leinwand, Baumwollwaren und -öl, Kaka und Pfeffer und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse umfassen wird. Die Vereinbarung erfolgt wie bisher in Dollar.

Kapitalverdrängung der belgischen Nationalbank

Die Verdrängung des Kapitals der belgischen Nationalbank durch 200 Mill. auf 60 Mill. Jähr, wurde auf über vierzig wertvollen Genossenschaftsaktionen, darunter Aktien mit großer Mehrheit beschaffen. Die neuen Aktien im Wert von 200 Mill. Jähr, wurden erst vor zwei Wochen emittiert.

In einem Nachtrag zum Handelsabkommen zwischen Belgien und Dänemark wird der Wert der zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Erzeugnisse auf 1.000 Mill. Dänischmarken festgesetzt. Belgien wird hauptsächlich Walderzeugnisse, Dänemark dagegen Eier, Sahne, Sauggut und Mehl liefern.

Währungsreform in der Sowjetunion

Im Rahmen des Handelsabkommens zwischen den Niederlanden und der Sowjetunion wird die US\$BR 2000 Standard Kopek an die Niederlande liefern.

Hohes Defizit in Italiens Zahlungsbilanz

Bei oberflächlicher Betrachtung macht das italienische Zahlungsbilanz ein imponderables Bild. Ein hohes Defizit und Wachstum, steigende Kosten und dadurch geringere Weltverhältnisse sind Folgen der massenhaften Modernisierungsmaßnahmen. Die Leistungsbilanz zeigt ein Defizit von 1,2 Mrd. Dollar, während die Zahlungsbilanz ein Defizit von 2,5 Mrd. Dollar zeigt.

Produktion sinkt Nach einem Bericht des italienischen Industrieverbandes sank die Produktion im 1. Vierteljahr 1948 um 6,7% gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Wie aus demselben Bericht weiter hervorgeht, wuchs die italienische Industrie um 10-12% überflüssige Arbeitskräfte durchgehend, die Arbeitslosigkeit der einzelnen Arbeiter betrage gegenwärtig 10% der Vertriebsleistung. Der Industrieverband hat einer von Ministerrat eingesetzten Kommission Vorschläge zur rationalen Produktion und damit ihrer Steigerung unterbreitet. Bemerkenswert ist, daß es auf den Gebieten der Feinmechanik und Optik bereits gelang, durch Nationalisierung der Produktion unter Beachtung der Gewinnspanne die Preise zu senken, wie beispielsweise Exportgüter hauptsächlich aus Südamerika, Südafrika und Indien zur Folge hatte.

Hoffnung auf Exportsteigerung Obwohl sich Italien gleichfalls deutlicher Absatzmärkte bemüht, bedeutet es all dies wenig gegenüber dem Schaden, den der Ausfall des wichtigsten Außenhandelspartners für seine Wirtschaft bedeutet. 10% der italienischen Ausfuhr ging 1938 nach Deutschland, gegenüber 14% 1947, 1948 kamen 27% der ital. Einfuhr aus Deutschland, 1947 nur 7%. (Eine Steigerung

der gegenseitigen Handelsbeziehungen ist aus dem eben abgezeichneten Abkommen nicht zu erwarten. Die ESP-Lieferungen kommen Italien augenblicklich sehr zustatten, jedoch dürfte es wohl kaum in der Lage sein, diese Waren gegen Valuta zu importieren, und an italienischen Gütern besteht in den USA geringes Interesse. Augenhellung besteht die Hoffnung, die Exporte von Zitronen, Zitrusfrüchten und auch Kakaos zu steigern, und eine italienische Handelsmission verhandelt in Mexiko mit dem Ziel, den Wasserkraftbau zu steigern, ebenso wie mit Polen. Von der italienischen Gesamtproduktion im Jahre 1947 in Höhe von 70 Mill. Dollars entfielen nur 4,7 Mill. (6,8%) auf Getreide. Nach italienischer Auffassung müßte ein höherer Export nach Osten zu erreichen sein. Die verstärkte Anlehnung an den südamerikanischen Markt kommt in einem umfangreichen Handelsabkommen mit Uruguay, das kürzlich abgeschlossen wurde, zum Ausdruck.)

Die italienische Handelsbilanz war auch früher passiv, doch konnte sie stets durch Überschüsse aus dem Fremdenverkehr überwunden werden. Die italienischen Ausfuhrer und den Gütertransporten zur See ausgeglichen werden. Diese brachten Italien 1938 40 Mill. Dollars ein, dagegen mußte für Schiffcharterleistungen ein Passivsaldo von 100 Mill. Dollars eingesetzt werden. Bedingt ist das einmal dadurch, daß Italien im Gegensatz zur Vorkriegszeit heute seinen Bedarf hauptsächlich aus dem Ausland decken muß, während seine Handelsbilanz infolge Verluste und Verschlechterung nicht genügend leistungsfähig ist. Von den 13 Mill. BRT aus dem Jahre 1938 existieren heute noch rund 8%. Dem Ita-

lianischen Ministerium liegen zwei neue Schiffbauprogramme vor. Ein kurzfristiges sieht den Bau von 270.000 BRT, in erster Linie Fahrgastfahrzeuge, Lieferfahrzeuge und Tanker, im Werte von 30 Mrd. Lire vor, das 20.000 Werftarbeiter beschäftigen würde. Die Handelsbilanz würde damit auf 13 Mill. BRT anwachsen. Ein weiteres Programm sieht den Bau von 450.000 BRT bis Ende 1952 vor. Die Finanzierung dürfte bei diesen Unternehmungen die großen Schwierigkeiten bereiten. Daran prüft ein amerikanisches Finanzteam in Italien die Möglichkeit einer Finanzierung durch Schiffbauversicherer.

Die Einnahmen der zweiten Quelle, des Fremdenverkehrs, sind von 24 Mill. Dollar im Jahre 1938 auf 7 Mill. Dollar im Jahre 1947 zurückgegangen, und solange im die europäischen Verhältnisse nicht ändern, dürfte wohl kaum mit einer wesentlichen Besserung dieser Situation zu rechnen sein. Trotzdem werden moderne Hotels gebaut und ganz Italien bereitet sich auf den „Heiligen Jahr“ vor. Auch ist die Einrichtung eines italienischen Luftverkehrs nach den USA geplant.

Aluminium-Produktion steigt

Die italienische Aluminiumproduktion dürfte noch in diesem Jahr den Vorkriegsstand von 25-30.000 t erreichen. Mit dieser Produktion dürfte Italien den eigenen Bedarf decken und außerdem noch Aluminium ausführen können. Im Krieg war die italienische Aluminiumproduktion bis auf 37.000 t jährlich gestiegen.

Aktive Gummi-Industrie

Die italienische Gummi-Industrie kann trotz erheblicher Exportrückgänge den seit einigen Monaten von der Bewirtschaftung betroffenen Gummi- und Bewehrungsmarkt verkraften. Die Rohstofflieferung ist mit etwa 6.000 t jährlich vollständig gesichert. Die Vorkriegsimporte betragen 20.000 t, während vor dem Kriege in 70 verschiedenen Fabriken 30.000 Arbeiter beschäftigt wurden, hat sich die Betriebe, zum Teil auf 130 erhöht, in denen gegenwärtig etwa 40.000 Arbeiter tätig sind.

Durch diese Vielzahl neuer Fabriken ist die moderne Monopolstellung des Pirelli-Konzerns und der Turiner Michelin, die zusammen 80% des Marktes versorgen, etwas erschüttert worden. Der Anteil dieser Firma ist gegenwärtig bis auf 70% zurückgegangen. Obwohl das Produktionsprogramm außerordentlich reichhaltig ist, entfallen z. B. 80% der Produktion auf Fahrzeugbereifungen.

ERP-Anleihen

Der italienische Ministerialrat verhandelt über die Bedingungen der amerikanischen ERP-Anleihen zur Erneuerung der italienischen Industrieanlagen. Die Anleihen sollen für die Dauer von 30 Jahren zu 2 1/2% bei einer Zahlungsbindung bis 1953 gewährt werden. Die Rückzahlung soll 1955 beginnen.

Versanderte, Eisenbahn

Die italienische Regierung hat angekündigt, die Kontrolle der Eisenbahn, die bisher ein privates Unternehmen im Rahmen der Marshall-Pläne war, dem italienischen Staat zu übergeben. Die Eisenbahn wird dem Staat für den Zeitraum von 30 Jahren überlassen. Der Staat wird die Eisenbahn für den Zeitraum von 30 Jahren übernehmen. Der Staat wird die Eisenbahn für den Zeitraum von 30 Jahren übernehmen.

Die italienischen Eisenbahnen haben im Juli 1948 einen Güterverkehr im Wert von 134.000 Mill. Lire erzielt, im Vergleich mit 124.000 Mill. Lire im Juli 1947 und 114.000 Mill. Lire im Juli 1946.

Italien hat die besten und besten Weltproduzenten von Eisenbahnwagen. Die Produktion von Eisenbahnwagen betrug im Juli 1948 1.000 Stück, im Juli 1947 1.200 Stück und im Juli 1946 1.500 Stück.

Auslandskapital für die Türkei

Doppelte Garantie für US-Geldgeber

Die Tatsache, daß der türkische Außenhandel erstmalig seit Jahren ein Defizit aufweist, das sich in absehbarer Zeit kaum verringern, im Gegenteil sogar vergrößern dürfte, bereitet der türkischen Regierung schwere Sorgen und sie hat daher bereits in den USA, Großbritannien und den anderen Marshall-Plan-Ländern Schritte unternommen, um die Ausfuhr türkischer Erzeugnisse nach Westdeutschland zu fördern.

Für die Türkei ist vor allem die Frage von ausdehnender Bedeutung, ob es der Regierung gelingen wird, das ausländische Kapital wieder für die türkischen Unternehmen zu interessieren, an denen es interessiert vor. Kemal Ataturk ziemlich maßgeblich beteiligt war, infolge der Verstaatlichungsmaßnahmen und der schweren Wirtschaftskrise des Jahres 1939 wurde damals die Ausfuhr von Kapital oder Dividenden der noch in der Türkei blieben, ausschließlich Gesellschaften, vorzuziehen, so daß diese gesunken waren, türkische Waren auszuführen, wenn sie ihren Aktionären überhaupt Dividenden zahlen wollten. Unter diesen Umständen verlieren, die Geld in der Türkei anzuheben. Diesem Moment scheint sich das Dekret der Regierung vom 26. Mai 1947 Bedeutung zu tragen, das bestimmt, daß ausländische Unternehmen, die ihr Kapital in der Türkei investieren wollen, von türkischen Finanzministerium die Bekanntheit der Bedingungen verlangen können, unter denen das Unternehmen sein Kapital oder die Dividenden ins Ausland ausführen kann. Diese Bedingungen beziehen sich unter anderem auf die Länder, wobei aber amerikanische Unternehmen

men außerdem noch eine Garantie erhalten, die ihnen der Verwalter des Marshall-Planes für die Investierung ihres Kapitals in einem der Marshall-Plan-Länder gewährt. Durch ein weiteres Dekret der Regierung werden die Bestimmungen des Dekrets vom Jahre 1947 automatisch auf die amerikanischen Unternehmen angewandt, die die Garantie des Verwalters des Marshall-Planes genießen, wodurch die amerikanischen Geldgeber, die ihr Geld in der Türkei investieren, eine doppelte Garantie haben.

Die türkische Handelsminister Barlas sprach sich für eine Verstaatlichung des Bergbaus, des Post- und Telegraphenwesens und der Elektrizitätsversorgung der Türkei aus.

Die 1947 in der Türkei fünf große Textilfabriken gebaut und in der nächsten Zeit bereits herstellende Fabriken vergrößert werden.

In der Türkei werden die Erdölbehörden fertiggestellt. Nach Radio Ankara dürfte die türkische Erdölversorgung mit der Iran, des Irak und Arabien konkurrieren können.

Stellen-Anzeigen

Beleuchtungs- und Lampen-Handel...
Wirtschaftslehre, Assistent, Dr. H. J. ...
Kaufmann, Dr. J. von, Lehrer einer in Ost...

Vorteilungen

Lebensfähigkeits-Gesellschaft...
Erklärung der Versicherung...
Wirkel, Deutscher Industrieverband...
Handelvertrieb, jetzt auch die Waren...

Gütermarkt

Elektroindustrie, Metzler Schöner, K...
Führer für Motor und Fab von 100 bis 400...
Vertrieb, Adlerer & Baumbach...
Werkstoffe, Baustoffe, Holz, ein veredelt...

Eidesstattliche Versicherungen im Steuerrecht

Die Eidesstattlichkeit der Obersten Finanz...
Nach dem neuen Steuerrecht...
Die Eidesstattlichkeit der Obersten Finanz...

Die Eidesstattliche Versicherung...
Nach dem neuen Steuerrecht...
Die Eidesstattliche Versicherung...
Nach dem neuen Steuerrecht...

PERSONALIEN

Zum Stellvertreter des Direktors der...
Der Vorstand der...
Zum Stellvertreter des Direktors der...

Maschinenmarkt

Leib. und Engelhardt, ca. 70 Dreh...
Drehmaschinen in jeder Größe...
Leib. und Engelhardt, ca. 70 Dreh...

Kapitalmarkt

Beitrag zur Finanzierung...
Beitrag zur Finanzierung...
Beitrag zur Finanzierung...

Immobilien

Klein- und mittlerer Baugrund...
Klein- und mittlerer Baugrund...
Klein- und mittlerer Baugrund...

Verschiedenes

Wir suchen für betriebl. Patent...
Wir suchen für betriebl. Patent...
Wir suchen für betriebl. Patent...

Deutsche Gesellschaften

Brandenburgische...
Z. Bauing AG...
Die H. W. Appel AG...
Die H. W. Appel AG...

Wichtige Steuertermine

Steuern und Körperschaften...
Nach dem neuen Steuerrecht...
Steuern und Körperschaften...
Nach dem neuen Steuerrecht...

Die Yala & Towns, Yelton

Die Yala & Towns, Yelton...
Die Yala & Towns, Yelton...
Die Yala & Towns, Yelton...

Einzelne Unternehmen

Einzelne Unternehmen...
Einzelne Unternehmen...
Einzelne Unternehmen...

Welt-Warenmärkte

Fettmangel läßt nach

Das Weltdefizit an Fett beträgt, verglichen mit dem Verbrauch im internationalen Handel...

etwas nachgelassen. Kanada: Letztes Jahr wurde in 90 Dollar je 100 kg...

Zur Erweiterung der Absatzmärkte hat sich der Leiter des kanadischen...

Argentinien: Ende 1947 mehr Weizen und Mais als im Vorjahr...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

Malayische Chicago: In Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,42 kg...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT, freudlich: In der Woche vom 14. bis 21. September...

Die Argentinische Regierung beabsichtigt, die Weltmärkte zu veranlassen...

Im August sank der italienische Rohwarenexport...

Die USA haben 21 000 Tonnenn ein Bescheiden...

Die Forderung für Rohgummi hielt in der Woche...

LONDON, freudlich: Die amerikanische Woche...

NEW YORK, abgerückt: Nach verheerenden schwedischen Schwankungen...

Schiffahrts-Nachrichten

USA, eine der größten amerikanischen Reedereien...

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Die britische Werft S.A. John Cockrell...

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Schiffahrts-Nachrichten

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Schiffahrts-Nachrichten

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Schiffahrts-Nachrichten

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Schiffahrts-Nachrichten

Die amerikanische „Alta Taylor“...

Schweizer Unternehmen VERTRETUNG hat die für den Vertrieb eines qualitativ hochwertigen, in verschiedenen Ländern bereits gut eingeführten Schnittmusters für eine oder mehrere Zonen zu vergeben...